

Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen

Unser Land hat Zukunft!

Leitantrag des Landesvorstands

***38. Landesparteitag
11. Juni 2016, Aachen***



CDU

Vorwärtsgang für ein Nordrhein-Westfalen

Unser Land hat Zukunft!

1. Präambel

1 Nordrhein-Westfalen ist ein lebendiges, ein starkes Land. Es galt und gilt zu Recht als „Kern-
2 land“ unserer Republik. Dieser Anspruch leitet sich aus der historischen Rolle unseres Lan-
3 des beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, seiner wirtschaftlichen Leistungskraft
4 und seiner großen Einwohnerzahl ab. Fast 18 Mio. Menschen sind hier zu Hause. Ob in den
5 vielen großen Städten oder auf dem Land, in den Vereinen, Verbänden, Pfarr- und Kirchen-
6 gemeinden und beim ehrenamtlichen Engagement – überall in unserem Land werden Ge-
7 meinschaft und Gemeinsinn gelebt. Es sind die Menschen, die Nordrhein-Westfalen mit ih-
8 rer harten Arbeit und ihrem sozialen Engagement prägen. Sie alle wollen in einem sicheren
9 und starken Land leben. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben es verdient: Ein Land,
10 das wieder Vorreiter und Vorbild in Deutschland ist. Ein Aufsteigerland. Ein Spitzen-Land!

12 Nordrhein-Westfalen wird heute unter Wert regiert. Die enormen Potenziale unseres Lan-
13 des und seiner fleißigen, innovativen Bürgerinnen und Bürger bleiben aufgrund einer
14 ebenso plan- wie phantasielosen, dafür aber regulierungswütigen Politik der rot-grünen
15 Landesregierung ungenutzt. Als Folge dieser Politik droht Nordrhein-Westfalen in vielen
16 Bereichen des föderalen Wettbewerbs der Bundesländer noch weiter zurückzufallen. Ob
17 beim Wirtschaftswachstum, der Bildungsqualität, der Beschäftigungsquote, der U3-Betreu-
18 ung, dem Haushaltsdefizit oder der Aufklärungsrate von Straftaten: Es gibt kaum ein Thema,
19 bei dem Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich nicht das Schlusslicht bildet. Trau-
20 rige Spitzenplätze erreicht unser Land hingegen regelmäßig in Sachen Stauaufkommen, Ar-
21 beitslosigkeit, Kinderarmut und der steuerlichen Belastung der Bürger in den Kommunen.

22 Die Ursachen dieser Probleme sucht die rot-grüne Landesregierung regelmäßig bei anderen.
23 Anstatt eigene Verantwortung für Fehlentwicklungen einzugestehen und Lösungsansätze
24 zu entwickeln, ist regelmäßig ein die eigene Hilflosigkeit dokumentierender Ruf der rot-grü-
25 nen Landesregierung nach Hilfe von außen vernehmbar.

26 Wir werden jedoch den weiteren Abstieg unseres Landes als CDU nicht taten- und kraftlos
27 hinnehmen! Wir sind überzeugt: Wir in Nordrhein-Westfalen können mehr! Wir müssen nur

28 die vorhandenen Vorzüge, Ressourcen, Stärken und Potenziale dieses großartigen Landes
29 wiederentdecken, sie fördern und ausbauen. Es ist für uns Anspruch und Ziel zugleich, unser
30 Gemeinwesen auf der Grundlage unserer Überzeugungen und Werte so zu gestalten, dass
31 Nordrhein-Westfalen als Land des Aufstiegs und der sicheren Lebensperspektive für seine
32 Bewohnerinnen und Bewohner eine gute Zukunft bereithält. Aufstieg, Sicherheit und Per-
33 spektive müssen Leitmotive der nordrhein-westfälischen Landesidentität sein. Damit Nord-
34 rhein-Westfalen vorangeht, muss die Politik die richtigen Prioritäten setzen. Prioritäten, die
35 sich den Herausforderungen der Gegenwart wie der Inneren Sicherheit, der Bildungs-, Fa-
36 milien- und Wirtschaftspolitik stellen und unser Land wieder zu dem machen, das die Men-
37 schen schätzen gelernt haben: Ein liebenswürdiges Land, eine starke Wirtschaftsregion, eine
38 sichere Heimat.

39 **2. Für ein sicheres Nordrhein-Westfalen**

40 Die Welt ist in Unordnung. Kriege, Terror und Krisen entfalten ihre Wirkung bis nach Europa,
41 Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Die Menschen sind verunsichert und haben Sorge
42 um die Leistungsfähigkeit und Wehrhaftigkeit unseres Staates. Allein im Jahr 2015 wurden
43 in Nordrhein-Westfalen mehr als 1,5 Mio. Straftaten registriert. Das waren rund eine Vier-
44 telmillion Straftaten mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Dafür belegte
45 Nordrhein-Westfalen mit einer Aufklärungsquote von lediglich 49,6 Prozent den letzten
46 Platz unter den Flächenländern. Besonders deutlich wird das Versagen der Landesregie-
47 rung am Beispiel der Wohnungseinbrüche. Deren Zahl lag im Jahr 2015 bei rund 62.000 De-
48 likten, etwa 10.000 oder 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sank die Aufklärungs-
49 quote landesweit im Durchschnitt auf unter acht Prozent. Anlass zur Sorge und zu soforti-
50 gem Gegensteuern ist die Entstehung sogenannter „No-Go-Areas“. In keinem anderen Bun-
51 desland duldet eine Landesregierung so offenkundig rechtsfreie Räume, wie dies in ver-
52 schiedenen nordrhein-westfälischen Großstädten der Fall ist. Wenn in Teilen des Landes die
53 öffentliche Sicherheit nicht mehr garantiert werden kann, weil sich Polizisten aufgrund der
54 eigenen Gefährdungslage nicht mehr in der Lage sehen, rechtsstaatliche Ansprüche durch-
55 zusetzen, ist die Lage außer Kontrolle geraten. Die falsche oder fehlende Schwerpunktset-
56 zung der rot-grünen Landesregierung im Themenfeld Innere Sicherheit macht darüber hin-
57 aus die wachsende Zahl von mehr als 500 erfassten gewaltbereiten Salafisten deutlich. Un-
58 ser Land darf nicht zum Zentrum der islamistisch-terroristischen Bedrohung in Deutschland

59 werden! Sorge bereitet auch, dass in keinem anderen Bundesland so viele Polizeibeamte
60 Opfer einer Straftat wurden, wie in Nordrhein-Westfalen; sie und zahlreiche Feuerwehr-
61 leute und Rettungskräfte werden immer häufiger zur Zielscheibe von Hass und Gewalt. Die
62 Menschen in Nordrhein-Westfalen sollen auch in Zukunft in Sicherheit leben können. Der
63 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, Kriminalität und Terrorismus hat für die
64 CDU hohe Priorität. Die Entwicklung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit in Nordrhein-
65 Westfalen macht deutlich, dass die rot-grüne Landesregierung in der Erfüllung einer klassi-
66 schen staatlichen Kernaufgabe – des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten –
67 kläglich versagt hat. Wir wollen deshalb die Polizei organisatorisch von Grund auf reformie-
68 ren, von Verwaltungsaufgaben entlasten und ihr so eine Konzentration auf ihre Kernaufga-
69 ben ermöglichen. Dies erreichen wir durch die Einstellung von Polizeiverwaltungsassisten-
70 ten, eine Erhöhung des Anteils der Kriminalpolizei am Gesamtpersonalbestand und eine
71 Neuausrichtung der Polizeiausbildung (u. a. Einführung der Schwerpunktstudiengänge
72 „Schutzpolizei“ bzw. „Kriminalpolizei“; Verbreiterung der Zugangsmöglichkeiten zum Poli-
73 zeiberuf durch die Öffnung der Polizeiausbildung für Bewerber mit mittleren Bildungsab-
74 schlüssen).

75 Bei der Bekämpfung der Wohnungseinbrüche ist neben einer entsprechenden polizeiinter-
76 nen Priorisierung (z. B. Verdoppelung der Ermittlungskommissionen anstatt „Blitzer-Mara-
77 thons“) eine verbesserte, grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit innerhalb des Be-
78 nelux-Vertrags und eine konsequente Nutzung moderner, computerunterstützter Ermitt-
79 lungshilfen (z. B. „predictive policing“) erforderlich. Zusätzlich werden wir nach dem Vorbild
80 fast aller übrigen Bundesländer auch in Nordrhein-Westfalen das Instrument der verdachts-
81 unabhängigen Kontrolle („Schleierfahndung“) einführen und setzen verstärkt auf Videoka-
82 meras an Kriminalitätsbrennpunkten. Wer für ein Europa der offenen Grenzen eintritt, muss
83 verdachtsunabhängige Kontrollen im Hinterland ermöglichen. Gegen „No-Go-Areas“ helfen
84 nur eine spürbar erhöhte Polizeipräsenz vor Ort und eine rigorose Strafverfolgung. Die kon-
85 sequente Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen, die Ausweitung von Intensiv-
86 täterkonzepten, die Verfolgung auch niederschwelliger Ordnungswidrigkeiten sowie die
87 Nutzung sämtlicher Sanktionsmöglichkeiten des Ausländerrechts sind notwendig, um klar
88 zu machen: Rechtsstaat und Gesellschaft sind keinesfalls bereit, permanente Regelverstöße
89 zu dulden – egal durch wen. Zur wirkungsvollen Eindämmung der terroristischen Gefahr in

90 Nordrhein-Westfalen benötigen wir neben ausgeweiteten Präventionsangeboten für aus-
91 stiegswillige Mitglieder der islamistischen und salafistischen Szene auch ein eigenes Digita-
92 les Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Ak-
93 tivitäten. In diesem Zusammenhang fordern wir eine verbesserte Kooperation der Landes-
94 ämter für Verfassungsschutz untereinander sowie mit nationalen und internationalen Nach-
95 richten- und Geheimdiensten sowie einen verstärkten europäischen Datenaustausch. Dar-
96 über hinaus sorgen wir für die dringend erforderliche wirkungsvolle Schutzausrüstung und
97 Bewaffnung unserer Polizei, um den Anti-Terror-Kampf erfolgreich führen zu können.

98 Für die CDU Nordrhein-Westfalen steht fest: Wir unterstützen unsere Polizisten auch ideell
99 und wollen sie rechtlich besser schützen. Wir stehen zu unserer Polizei, ohne Wenn und
100 Aber! Wir werden daher nicht zulassen, dass Respektlosigkeit und Aggressivität gegenüber
101 Polizisten hingenommen werden. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ist kein Kava-
102 liersdelikt, sondern eine ernstzunehmende Straftat. Derjenige, der Gewalt gegenüber Poli-
103 zeibeamten verübt, muss dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb
104 werden wir neben dem Straftatbestand eines neuen § 112 StGB („Tätlicher Angriff auf Poli-
105 zeibeamte und andere Einsatzkräfte“) nach dem erfolgreichen Beispiel anderer Bundeslän-
106 der auch in Nordrhein-Westfalen so genannte Body-Cams (Mini-Schulterkameras) einfüh-
107 ren. Sie sollen nicht nur den tatsächlichen Schutz von Polizeibeamten verbessern und die
108 beweissichere Dokumentation von Straftaten erleichtern, sondern auch eine abschreckende
109 Wirkung auf potenzielle Täter entfalten. Die von der rot-grünen Landesregierung geplante
110 generelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte lehnen wir hingegen strikt ab, da diese
111 die Polizei unter einen unbegründeten Generalverdacht stellt.

112 Innere Sicherheit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger Ver-
113 trauen in unseren Staat haben. Wer die Sicherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz und
114 Legitimität des Staates aufs Spiel. Das Sicherheitsgefühl ist vielen Menschen in Nordrhein-
115 Westfalen abhandengekommen. Es ihnen zurückzugeben ist einer der Schwerpunkte der Po-
116 litik der CDU. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sollen sich auf beste-
117 hende Gesetze verlassen können. Ein starker Rechtsstaat erhält den inneren Frieden; diesem
118 Grundsatz fühlen wir uns verpflichtet!

119 **3. Wirtschaft stärken und Wohlstand schaffen**

120 Die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung ist gescheitert. Die industrielle Pro-
121 duktion ist auf dem Rückzug, Wertschöpfung wird aus Nordrhein-Westfalen abgezogen, die
122 Landwirtschaft kann kaum noch kostendeckend arbeiten, Standortnachteile im Vergleich zu
123 anderen Volkswirtschaften nehmen zu und das Wachstumsdefizit gegenüber vergleichba-
124 ren deutschen Bundesländern und dem bundesdeutschen Durchschnitt steigt weiter.

125 Unser Land ist beim Wirtschaftswachstum im Ländervergleich auf dem letzten Platz ange-
126 kommen. Nicht nur in strukturstarken Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg, son-
127 dern auch in strukturschwachen Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg
128 steigt die Wirtschaftskraft – nur in Nordrhein-Westfalen nicht. Während die Wirtschaft im
129 gesamten Bundesgebiet durchschnittlich um 1,7 Prozent wuchs, stagnierte sie zwischen
130 Rhein und Weser. Besonders alarmierend: Erstmals in der Geschichte unseres Bundeslan-
131 des ist das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen sogar unter den bundesdeutschen
132 Durchschnitt gefallen. 1991 lag es noch fast 16 Prozent über dem Bundesschnitt. Doch seit
133 Jahrzehnten wächst die nordrhein-westfälische Wirtschaft im Vergleich zu anderen west-
134 deutschen Bundesländern nur unterdurchschnittlich. Diese Wachstumslücke hat zur Folge,
135 dass dem Land und den Kommunen jährliche Steuereinnahmen von über 3 Mrd. Euro fehlen.
136 Ohne diese Wachstumslücke könnte Nordrhein-Westfalen heute mehr als 300.000 zusätzli-
137 che sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aufweisen. Umgekehrt war
138 Nordrhein-Westfalen im Februar 2016 das einzige Bundesland, in dem die Arbeitslosigkeit
139 anstieg und nicht sank. Nordrhein-Westfalen liegt mit einer Arbeitslosenquote von 8,1 Pro-
140 zent konstant rund 1,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und auf dem letzten
141 Platz aller westdeutschen Flächenländer und sogar noch hinter dem Freistaat Thüringen.

142 Eine weitere Folge der Wachstumslücke und der damit einhergehenden schleichenden Dein-
143 dustrialisierung ist die derzeitige Zunahme von Armut in Nordrhein-Westfalen. Der aktuelle
144 Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zeigt, dass seit 2010 in keinem ande-
145 ren westdeutschen Flächenland die allgemeine Armutsquote so stark angestiegen ist, wie in
146 Nordrhein-Westfalen. Dies trifft insbesondere die Kinder in unserem Land. Während die Kin-
147 derarmutsquote seit 2010 bundesweit um nur 0,8 Prozentpunkte gestiegen ist, ist sie in
148 Nordrhein-Westfalen im selben Zeitraum von 20,9 auf 23,6 Prozent, also um ganze 2,7

149 Punkte, angestiegen. Nirgendwo in Deutschland werden nach sechs Jahren Regierungszeit
150 Kraft mehr Kinder zurückgelassen als in Nordrhein-Westfalen.

151 Ein Schwerpunkt der CDU Nordrhein-Westfalen liegt daher darauf, die Wirtschaft zu stärken
152 und wettbewerbsfähig zu machen. Denn nur eine starke Wirtschaft schafft und erhält Wohl-
153 stand. Nur so haben Menschen Zukunftschancen und Perspektiven. Und nur ein stabiles
154 Wirtschaftswachstum ermöglicht langfristig auch eine Konsolidierung des Landeshaushalts.

155 Nordrhein-Westfalen benötigt dringend Impulse für Investitionen, Produktion und Wert-
156 schöpfung, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Dafür sind eine Entlastungs-
157 und eine Zukunftsoffensive notwendig, die den Standort Nordrhein-Westfalen für etablierte
158 kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attraktiver gestalten, neue Betriebe und
159 Investitionen anziehen und das Entstehen erfolgreicher Startups und Innovationen beför-
160 dern. Die Entlastungsoffensive muss sich dabei insbesondere auf den Abbau von Wachs-
161 tumsbremsen fokussieren. Dazu gehören ein Abbau von überflüssigen Gesetzen und Ver-
162 ordnungen, eine effiziente und marktorientierte Energiepolitik sowie ein wirtschaftsfreund-
163 licher Landesentwicklungsplan, der Wachstum und Beschäftigungsentwicklung verpflichtet
164 ist. Das bürokratische und verfehlte Tariftreue- und Vergabegesetz muss sofort abgeschafft,
165 das Klimaschutzgesetz und der nur Nordrhein-Westfalen ausbremsende Klimaschutzplan
166 müssen zurückgenommen und an einer europäischen Lösung ausgerichtet werden. Unsere
167 starke heimische Landwirtschaft darf nicht durch immer neue Regeln, wie durch das ge-
168 plante Landesnaturschutz- und Landeswassergesetz, in die Unrentabilität getrieben wer-
169 den. Es gilt zudem, schnell solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den nordrhein-west-
170 fälischen Kommunen wachstumsfreundliche und im Vergleich mit anderen Bundesländern
171 wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze ermöglichen.

172 Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum und arbeitet für das Industrieland Nord-
173 rhein-Westfalen. Gerade die jüngere Geschichte mit den Finanz- und Wirtschaftskrisen hat
174 gezeigt, wie wichtig industrielle Kerne für das erfolgreiche Funktionieren der gesamten
175 Volkswirtschaft eines Landes sind. Darum sind Energiewirtschaft, Chemie- und Stahlindust-
176 rie in der ersten und die verarbeitende Industrie in der zweiten Stufe wichtige Eckpfeiler
177 unserer Ökonomie. Deren Bedeutung darf sich nicht auf eine Erwähnung in Sonntagsreden
178 beschränken. Sie muss sich vielmehr in der Schaffung der alltäglichen Rahmenbedingungen

179 widerspiegeln. Wir wollen komplette Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen er-
180 halten. Darum werden wir Sorge dafür tragen, dass auch die oben genannten Branchen gute
181 Standortbedingungen vorfinden.

182 Neben der Entlastungs- braucht es auch eine Zukunftsoffensive für kleine, mittlere und
183 große Unternehmen. Zusätzlich zur Sicherstellung des flächendeckenden Breitbandausbaus
184 müssen die Bedingungen für StartUps verbessert werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen
185 möchte den Mittelstand für „Wirtschaft 4.0“ sensibilisieren und bei der Umsetzung unter-
186 stützen.

187 **4. Leistungsstarke Infrastruktur**

188 Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur leidet unter erheblichen Versäum-
189 nissen der rot-grünen Landesregierung. Noch immer gibt es beim Breitbandausbau zahlrei-
190 che weiße Flecken auf der Landkarte. Der ländliche Raum und viele Gewerbegebiete mit
191 mittelständischen Unternehmen sind nicht oder nur zum Teil mit leistungsfähigen Internet-
192 anschlüssen versorgt. Fast 60 Prozent der Privathaushalte und sogar rund 90 Prozent der
193 Gewerbegebiete außerhalb der Ballungsräume verfügen in diesem Land über keinen An-
194 schluss an die schnelle Datenautobahn. Die Folgen sind eine landesweit miserable Investiti-
195 ons- und Gründungsquote und, damit einhergehend, der Verlust von Wachstumspotentia-
196 len.

197 Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes auf den
198 konsequenten Ausbau der digitalen Infrastruktur. Ziel ist die flächendeckende Bereitstel-
199 lung eines leistungsfähigen Breitbandnetzes. Gerade in den ländlich geprägten Wachstums-
200 regionen unseres Landes ist schnelles Internet Voraussetzung für erfolgreiches Agieren auf
201 den Weltmärkten. Dafür muss das Land die Mittel für den Breitbandausbau deutlich erhö-
202 hen und die Zugangsvoraussetzungen gerade für finanziell schwache Kommunen senken.
203 Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich für eine Verdoppelung der digitalen Dividende
204 (Mittel aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen) aus dem Jahr 2016 sowie deren
205 Aufstockung um 100 Mio. Euro in den Folgejahren 2017 bis 2019 durch freiwerdende Mittel
206 aus dem Abbau der Steinkohleförderung aus. Wir wollen bisherige Vergangenheitslasten in
207 die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investieren – so, wie es den Menschen im Ruhrgebiet
208 beim Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung zugesagt worden ist.

209 Gütertransport und Reisen von Menschen werden durch die Digitalisierung nicht überflüssig.
210 sig. Im Gegenteil: Digitalisierung führt zu einer weiteren Vernetzung der Wirtschaft und
211 Lieferungen müssen passgenau erfolgen. Das wird zu einer Zunahme des Gütervolumens
212 führen. Angesichts der schon jetzt erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden durch Staus
213 und Verkehrsengepässe wollen wir die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu einem
214 Schwerpunkt der Landespolitik machen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur steht nicht
215 im Widerspruch zur Sanierung, Modernisierung und Verbesserung der analogen Verkehrs-
216 wege. Beides sind Zukunftsaufgaben, die parallel vorangetrieben werden müssen. In Nord-
217 rhein-Westfalen sorgen marode Brücken und Straßen für Verkehrschaos und täglich hun-
218 derte Kilometer Stau. Die rot-grüne Verkehrspolitik ist geleitet von falschen Grundannah-
219 men, Versäumnissen und Missmanagement. So gab es 2015 in Nordrhein-Westfalen mit ins-
220 gesamt 322.633 Staukilometern mehr Staus als in Bayern und Baden-Württemberg zusam-
221 men. Fast eine Verdoppelung gegenüber der Zahl in 2012. Damit ist Nordrhein-Westfalen
222 Deutschlands Stauland Nr. 1! Trotzdem musste Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013 48 Mio.
223 Euro nicht verbauter Bundesmittel für den Fernstraßenbau zurückgeben. Im Jahr 2015 gin-
224 gen die investiven Mittel in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr um 79 Mio. Euro auf
225 nur noch insgesamt 737 Mio. Euro zurück. Zeitgleich erhielt das einwohnerstärkste Bundes-
226 land aus den Sonderprogrammen des Bundes für die Bundesfernstraßen (2,7 Mrd. Euro /
227 Anteil NRW 128 Mio. Euro) bzw. die Brückenmodernisierungen (360 Mio. Euro / Anteil NRW
228 70 Mio. Euro) aufgrund nicht fertiggestellter Planungen erheblich weniger, als ihm eigent-
229 lich zugestanden hätte. Am deutlichsten zeigt sich das Defizit an baureifen Projekten in dem
230 Ergebnis der europäischen Ausschreibung für EU-Infrastrukturförderung entlang europäi-
231 scher Verkehrsachsen. Obwohl Nordrhein-Westfalen im Fadenkreuz europäischer Verkehr-
232 sachsen liegt, flossen von 1,7 Mrd. Euro EU-Förderung für Projekte in Deutschland ganze 90
233 Mio. Euro nach Nordrhein-Westfalen. Wo es keine baureifen Projekte gibt, kann kein euro-
234 päisches Geld investiert werden. Die rot-grüne Landesregierung lässt kostbare Infrastruk-
235 turunterstützung aus Brüssel liegen.

236 Eine leistungsfähige, bedarfsgerechte und vorausschauende Infrastrukturmodernisierung
237 ist ein zentraler Wachstumsmotor für Nordrhein-Westfalen. Verkehrspolitik ist immer auch
238 Wirtschaftspolitik. Voraussetzung für Investitionen ist jedoch, eine entsprechende Anzahl
239 von Planfeststellungsverfahren vorweisen zu können, damit Mittel des Bundes und der EU

240 auch in voller Höhe abgerufen werden können. In diesem Rahmen ist die Anlage eines Pla-
241 nungsvorrats in einem Volumen von mindestens 1 Mrd. Euro nötig, um entsprechende Bun-
242 desfördermittel im größtmöglichen Umfang abrufen zu können. Gleichzeitig müssen der
243 Landesbetrieb Straßenbau endlich richtig reformiert und zeitgemäß umgestaltet sowie ein
244 professionelles Management der Autobahnbaustellen umgesetzt werden. Der Bundesver-
245 kehrswegeplan 2030 bietet zahlreichen wichtigen Projekten des Bundesfernstraßenbaus in
246 Nordrhein-Westfalen gute Realisierungsperspektiven und eine solide Finanzierung. Nach
247 dem „grünen Licht“ aus Berlin muss nun die Landesregierung für eine zügige Planung der
248 Vorhaben Sorge tragen. Sie muss einen Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfah-
249 ren vorlegen, damit auch möglichst viele der im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltenen
250 Projekte realisiert werden können. Die Landesregierung muss des Weiteren für alle Straßen-
251 projekte des vordringlichen Bedarfs konkrete Aussagen treffen, bis wann die Planungen
252 Baureife erlangen sollen. Um den Bundesfernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen voranzu-
253 bringen, bedarf es aber auch der Nutzung „Öffentlich-Privater-Partnerschaften“. Ohne Öff-
254 fentlich-Private Partnerschaften kann der riesige Investitions- und Sanierungsstau nicht
255 überwunden werden. Deshalb werden wir die Möglichkeiten von ÖPP-Projekten umfassend
256 nutzen und die aktuellen bzw. künftigen ÖPP-Finanzierungsangebote der Bundesregierung
257 annehmen und implementieren. Den Bau und Erhalt unserer Landesstraßen wird die CDU
258 durch Umschichtungen im Haushalt weg von konsumtiven und hin zu investiven Ausgaben
259 forcieren.

260 **5. Gute Bildung ermöglicht Wohlstand, Unabhängigkeit und Aufstiegschancen**

261 Bildung bestimmt das Leben eines jeden Einzelnen, so wie sie die Zukunftschancen unseres
262 ganzen Landes beeinflusst. Die CDU Nordrhein-Westfalen versteht Bildung und Erziehung
263 als umfassenden Prozess, dessen einzelne Elemente untrennbar aufeinander bezogen sind.
264 Ziel ist die freie Entfaltung der Persönlichkeit in all ihren sozialen Bezügen. Deshalb ist Bil-
265 dung der Schlüssel für individuelles Lebensglück; sie hilft unsere Werte zu bewahren und
266 unseren Wohlstand zu mehren. Aus diesem Grund lässt sich gute Bildungspolitik nicht nur
267 an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach
268 Verlassen der Schule messen.

269 Die CDU hat sich das Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zu einem modernen Aufsteigerland
270 zu machen. Wir wollen ein Land, in dem jeder die Chance erhält, sein Leben eigenverant-
271 wortlich zu gestalten. Ein modernes Aufsteigerland zeichnet sich durch ein vielfältiges, dif-
272 ferenziertes, aber durchlässiges Bildungssystem aus, das den individuellen Bedürfnissen,
273 Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen unabhängig von deren Herkunft
274 oder Nationalität gerecht wird und Integration ermöglicht. Dabei beginnt ein gebildeter
275 Mensch für uns nicht erst mit dem Abitur oder gar einem abgeschlossenen Hochschulstu-
276 dium. Jedes Land und gerade auch Nordrhein-Westfalen lebt vielmehr von der Vielfalt seiner
277 Menschen und ihrer Begabungen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für eine arbeitstei-
278 lige Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb unverzichtbar. Dank unseres differenzierten
279 Bildungswesens und des Prinzips der dualen Ausbildung haben wir unter den führenden In-
280 dustrienationen der Welt in Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem
281 das duale Ausbildungssystem entwickelt sich zu einem weltweiten Exportschlager. Diesen
282 Vorteil müssen wir erhalten und weiter ausbauen und nicht schwächen oder gar schrittweise
283 abschaffen.

284 Wir erkennen darüber hinaus den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Bildung und Kul-
285 tur. Kultur ist ein konstituierendes Element unserer Gesellschaft. Kultur gehört zur mensch-
286 lichen Existenz und ist Grundlage der Gesellschaft und des Staates. Sie ist aber auch ein
287 nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Doch weder für kulturelle Bildung noch für
288 den Wert von Kulturgütern besitzt die gegenwärtige Landesregierung ein angemessenes
289 Gespür, wie der Umgang mit Kunstwerken im Landesbesitz eindrucksvoll bewiesen hat. Rot-
290 Grün gefährdet das reiche kulturelle Erbe unseres Landes. Wir werden der Kultur wie auch
291 der kulturellen Bildung den hohen Stellenwert zurückgeben, der ihr unter der CDU-geführ-
292 ten Landesregierung zugekommen ist.

293 Anstatt Rahmenbedingungen für gute Bildung vorzuhalten, betreibt die rot-grüne Landes-
294 regierung jedoch eine ebenso ideologisierte wie kurzsichtige Bildungspolitik auf Kosten der
295 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern. Ob bei der frühkindli-
296 chen Bildung, der planlosen und unterfinanzierten Inklusion, der digitalen Bildung, dem Un-
297 terrichtsausfall, dem Schulleitermangel oder dem schlechten Zustand der Schulen – immer
298 wieder werden die falschen Prioritäten gesetzt. Die nordrhein-westfälische Bildungskette
299 ist an vielen Stellen gerissen. Die notwendige Förderung bleibt auf der Strecke. Nordrhein-

300 Westfalen ist erneut Schlusslicht: In keinem Flächenland ist die Bildungsarmut laut Bil-
301 dungsmonitor 2015 größer als in Nordrhein-Westfalen und nirgends ist der Anteil erfolgrei-
302 cher Absolventen von Berufsschulen, Fachoberschulen und Fachschulen so niedrig wie hier
303 (67 statt 80,2 Prozent im Bundesdurchschnitt). Dafür hat Nordrhein-Westfalen die im
304 Schnitt größten Schulklassen aller deutschen Länder und die schlechteste Lehrer-Schüler-
305 Relation. Auch in Sachen Unterrichtsausfall (strukturell wie situativ) dürfte Nordrhein-
306 Westfalen bundesweit an der Spitze liegen, doch Schulministerin Löhrmann verweigert sich
307 seit Jahren einer flächendeckenden Erfassung der tatsächlich ausfallenden Stunden. Dabei
308 geht ausfallender Unterricht insbesondere zu Lasten derjenigen Schülerinnen und Schüler,
309 die durch ihr familiäres und soziales Umfeld benachteiligt sind. Jede ausgefallene Stunde ist
310 ein Verlust an Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen. Zugleich leiden die Schulen in
311 Nordrhein-Westfalen unter einem eklatanten Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für
312 Schulleiterstellen; über 700 Schulen, davon allein 345 Grundschulen, verfügen derzeit nicht
313 über einen Rektor oder eine Rektorin. Insgesamt sind auch 1.248 stellvertretende Schullei-
314 tungen nicht besetzt. Hinzu kommen ein erheblicher Renovierungstau an zahlreichen
315 Schulgebäuden sowie eine völlig unzureichende Ausstattung der Schulen für digitalen Un-
316 terricht. Auf die Unterrichtung von ca. 40.000 bis 80.000 Flüchtlingskindern in den kommen-
317 den Jahren ist das Land so gut wie nicht vorbereitet. Die vorgesehenen rund 5.700 neuen,
318 allerdings befristeten Lehrerstellen reichen hierfür nicht aus, weil allein gut 4.000 davon
319 schon für die Deckung des ohnehin bestehenden Grundbedarfs benötigt werden.

320 Schließlich hat kein anderes Bundesland die Inklusion an den Regelschulen so überhastet
321 und unzureichend umgesetzt wie Nordrhein-Westfalen. Es fehlt überall an sonderpädagogi-
322 scher Unterstützung, an benötigten Räumen und Material für differenzierten Unterricht
323 und an Fortbildungsangeboten. Zudem fehlen mindestens 7.000 zusätzliche entsprechend
324 ausgebildete Fachlehrer. Hinzu kommt: Förderschulen werden geschlossen, was die Wahl-
325 freiheit der Eltern massiv einschränkt und den Druck auf die Regelschulen erhöht, ohne dass
326 diese ein qualitativ vergleichbares Unterrichtsniveau anbieten könnten. Die schulische In-
327 klusion wird über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchgesetzt, es fehlt ein stimmiges
328 organisatorisches und pädagogisches Gesamtkonzept. Doch die Schulministerin weigert
329 sich hartnäckig, Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht zu definieren, weshalb der all-
330 gemeine Verlust an Unterrichtsqualität auf Kosten der Schülerinnen und Schüler sowie zu
331 Lasten der Lehrerinnen und Lehrer unvermeidlich ist.

332 Auch wenn für uns der Mensch nicht erst mit Abitur und Studium beginnt und wir akademi-
333 sche und berufliche Bildung als gleichwertig ansehen, sind Wissenschaft und Forschung für
334 sämtliche Bereiche unseres Lebens und der Entwicklung unseres Landes von größter Bedeu-
335 tung. Dies zeigt sich auf so wichtigen Feldern wie dem medizinischen Fortschritt, der Ener-
336 gieversorgung, dem Klimaschutz, der Zukunft von Mobilität jeder Art oder sicheren Kom-
337 munikationswegen. Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes, das kul-
338 turelle und ideelle Erbe der Gesellschaft und die gesamte Zukunftsfähigkeit unseres Landes
339 hängen unmittelbar mit der Qualität und der Innovationsfähigkeit des Hochschulstandortes
340 Nordrhein-Westfalen ab. Deshalb wollen wir die Wissenschaft in unserem Land stärken und
341 nicht schwächen, wie dies unter rot-grüner Verantwortung mit unterfinanzierten bzw. über-
342 füllten Hochschulen seit 2010 permanent geschieht. Kein anderes Bundesland hat eine der-
343 art ungünstige Relation von Hochschullehrern und Studierenden wie Nordrhein-Westfalen.
344 Und in keinem Land brechen so viele Studierende ihr Studium ab. Ein weiteres Kernelement
345 unserer Wissenschaftspolitik ist neben einer besseren materiellen Ausstattung aber vor al-
346 lem die Verteidigung der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre, denn nur Freiheit
347 des Denkens schafft den nötigen Raum für Kreativität, Fortschritt und grundlegenden Er-
348 kenntnisgewinn. Hochschulfreiheit, wie sie 2006 mit dem Hochschulfreiheitsgesetz ge-
349 währleistet wurde, ist die Voraussetzung für erfolgreiche Universitäten und Fachhochschu-
350 len. Diese Voraussetzung hat die Landesregierung durch ihre Hochschulgesetzgebung be-
351 wusst und gezielt beseitigt. Ministerielle Regulierung, Kontrolle und Gängelung ersticken
352 die reichen Potentiale unserer Hochschulen, schränken ihre Kooperationsfähigkeit mit der
353 regionalen Wirtschaft ein und relativieren den Standortvorteil Nordrhein-Westfalens als
354 dichtester Hochschullandschaft Europas erheblich. Wir aber wollen an die erfolgreiche
355 Hochschulära der Jahre 2005 bis 2010 wieder anknüpfen und das Hochschulfreiheitsgesetz
356 erneuern.

357 Die CDU setzt sich für Qualität und Verlässlichkeit in der nordrhein-westfälischen Schulpo-
358 litik ein. Wir werden für eine schulscharfe digitale Erfassung des Unterrichtsausfalls sorgen
359 und Schulverwaltungsassistenten einführen, welche die Lehrerinnen und Lehrer zugunsten
360 der Unterrichtserteilung von bürokratischen und schulorganisatorischen Aufgaben entlas-
361 ten sollen. Für die schnelle schulische Versorgung der Flüchtlingskinder benötigen wir u.a.
362 eine größere und vor allem unbürokratische Aktivierung geeigneter pensionierter Lehrerinnen
363 und Lehrer, mehr Flexibilität bei der Qualifikation von Lehrkräften für das Fach

364 „Deutsch als Fremdsprache“ und eine Unterstützung der Schulen durch Psychologen und
365 Schulsozialarbeiter bei der Betreuung traumatisierter Kinder. Ferner erforderlich sind die
366 Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge mit
367 dem Ziel eines berufsqualifizierenden Abschlusses sowie Konzepte zur Vermittlung unserer
368 demokratischen Grundprinzipien und kulturellen Werte. Eine höhere Zahl von Schulleitern
369 werden wir nur durch eine weitere Entlastung bei der Pflichtstundenzahl, vor allem aber
370 durch eine angemessene Besoldung, erreichen können. Die Mängel an Schulgebäuden sowie
371 die Defizite bei der digitalen Bildung lassen sich nur durch ein umfassendes digitales Bil-
372 dungskonzept und eine Erhöhung der Investitionspauschale des Landes beheben. Die Mittel
373 hierzu müssen durch Umschichtungen im Haushalt und insbesondere durch sachgerechte
374 Verwendung der vom Bund übernommenen und daher für das Land frei gewordenen BAföG-
375 Mittel erwirtschaftet werden.

376 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Überzeugung, dass ein breites schulisches Angebot
377 auch für Kinder mit Beeinträchtigung richtig und notwendig ist. Wir stehen zur schulischen
378 Inklusion. Sie ist ein wichtiges Ziel und zugleich eine große Herausforderung für die Lehre-
379 rinnen und Lehrer sowie für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Zugleich erkennen wir den
380 Wert der Förderpädagogik ausdrücklich an. Bei der Umsetzung der Inklusion muss jedoch
381 das Wohl der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigungen alleiniger Maßstab
382 sein. Wir sind der Auffassung, dass viele Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung er-
383 folgreich an Regelschulen lernen können. Für andere Kinder und Jugendliche bieten hinge-
384 gen die speziellen Möglichkeiten der Förderschule die besseren Voraussetzungen. Daher
385 sollen Eltern nach individueller, neutraler Beratung selbst entscheiden können, wo ihr Kind
386 am besten gefördert wird: in einer Regelschule oder in einer Förderschule. In Nordrhein-
387 Westfalen sollen deshalb die Eltern jedes Kindes, das sonderpädagogische Förderung benö-
388 tigt, neben dem Rechtsanspruch auf inklusiven Unterricht in Regelschulen auch einen
389 Rechtsanspruch auf Unterrichtung ihres Kindes in einer Förderschule in zumutbarer Nähe
390 erhalten. Um wirkliche Wahlfreiheit gewährleisten zu können, müssen die Regelschulen den
391 Anforderungen des inklusiven Unterrichts entsprechend ausgestattet werden. Ebenso muss
392 der Fortbestand von Förderschulen gewährleistet sein, die auch Kooperationen mit allge-
393 meinen Schulen unter einem Dach eingehen können. Wir werden zudem alle notwendigen
394 Anstrengungen unternehmen, um den hierzu befähigten beeinträchtigten Jugendlichen
395 auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Eine gelungene Inklusion setzt ferner eine

396 entsprechende Ressourcenausstattung der Schulen, garantierte Fortbildungs- und Bera-
397 tungsmodule für Lehrerinnen und Lehrer, eine ausreichende Anzahl von Sozialpädagogen
398 und Schulsozialarbeitern sowie deren volle Einbindung in die Kollegien der allgemeinen
399 Schulen voraus.

400 **6. Familienpolitik als aktive Zukunftssicherung**

401 Eine weitere Voraussetzung für den sozialen Aufstieg liegt neben der Bildung in starken Fa-
402 milien. Familien geben Halt, machen Mut, sind ein Leben lang Begleiter. Wir als CDU halten
403 am vorstaatlichen, subsidiären Charakter der Familie als kleinster und wichtigster gesell-
404 schaftlicher Einheit fest und nehmen den Auftrag von Artikel 6 unserer Verfassung, nach
405 dem Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, ernst. Die Familie
406 stellt das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft dar. Deshalb ist sie besonders
407 zu schützen und zu unterstützen. Ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Die
408 CDU setzt sich dafür ein, dass Kinder wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesell-
409 schaft erhalten. Wir fordern, dass Familienarbeit im Allgemeinen, insbesondere aber Erzie-
410 hungs- und Pflegeleistungen, eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschät-
411 zung erfahren. Der Staat hat den Familien dabei nicht vorzuschreiben, wie sie ihr Leben zu
412 führen haben, sondern das selbstbestimmte Leben mit Kindern zu erleichtern. Zu einer mo-
413 dernen Familienpolitik gehört es, Vertrauen in die Familien zu haben. Eine Familienpolitik,
414 die Familien rein defizitorientiert betrachtet, missachtet die Familie. Um das selbstbe-
415 stimmte Leben von Eltern mit Kindern zu erleichtern, benötigt es Rahmenbedingungen in
416 einer sich stetig verändernden Gesellschaft. Dazu gehört für uns eine verbesserte Verein-
417 barkeit von Familie und Beruf für beide Partner und die Ermöglichung einer echten, flexiblen
418 Wahlfreiheit, die eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Kindertagesbetreuungsplätzen
419 einschließt, deren Nutzung aber nicht Pflicht ist.

420 Bis zur Jahrtausendwende hat Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen unter sozialdemokra-
421 tischer Regierungsverantwortung so gut wie keine Rolle gespielt. Sie war nie ein eigenstän-
422 diger Bereich der Landespolitik. Die damaligen Versäumnisse wirken sich bis in unsere Ge-
423 genwart aus. So etwa bei der Betreuung von Kleinkindern: Erst mit dem Kinderbildungsge-
424 setz unter der CDU-geführten Landesregierung wurden zwischen 2005 und 2010 die Vo-
425 raussetzungen für den quantitativen und qualitativen Ausbau von U3-Plätzen geschaffen.

426 Das Angebot stieg in nur 5 Jahren von 11.800 auf 90.000 Plätze. Seit der Regierungsüber-
427 nahme durch Rot-Grün sind wir entgegen aller vollmundigen Ankündigungen auf diesem
428 Gebiet jedoch nicht mehr wesentlich vorangekommen. Zum Stichtag 1. März 2015 wurden
429 in Nordrhein-Westfalen etwa 118.000 Kleinkinder in 9.900 Tagesstätten betreut, was einer
430 Quote von 25,8 Prozent entspricht. In fünf Jahren schaffte Rot-Grün damit gerade einmal
431 28.000 neue Plätze, das bedeutet durchschnittlich 5.600 pro Jahr und damit lediglich ein
432 gutes Drittel der unter CDU-Verantwortung erreichten Werte.

433 Die Leidtragenden sind Familien und Alleinerziehende: Sie benötigen besondere Unterstüt-
434 zung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Folge des schlechten Angebots an
435 Kinderbetreuung ist die niedrige Erwerbsquote von Frauen im Allgemeinen und Alleinerzie-
436 henden im Besonderen. Nordrhein-Westfalen ist auch in diesem Bereich unter der rot-grü-
437 nen Landesregierung mit nur 28 Prozent der Frauen in Vollzeit Schlusslicht geworden.
438 Frauen mit Kindern haben in unserem Land offenbar größere Schwierigkeiten beim Zugang
439 zum Arbeitsmarkt und beim Wiedereinstieg in den Beruf.

440 Hier liegt auch einer der Gründe dafür, weshalb die Landesregierung an ihrem Anspruch
441 gescheitert ist, „kein Kind zurücklassen“ zu wollen. Im gleichen Zeitraum von 2010 bis 2014
442 ist die Kinderarmutsquote in Nordrhein-Westfalen nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung
443 um 2,7 Prozent (Bundesdurchschnitt: +0,8 Prozent) von 20,9 auf 23,6 Prozent angestiegen
444 – ein trauriger Rekord unter den westdeutschen Flächenländern. Nach Auffassung aller Ex-
445 perten ist der zentrale Grund für Kinderarmut die Erwerbslosigkeit der Eltern. Die beste Prä-
446 vention gegen Kinderarmut ist daher eine Politik für mehr Arbeitsplätze und eine bessere
447 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

448 Wir brauchen vor diesem Hintergrund nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch eine
449 Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung. Der von der CDU Regierung auf den Weg
450 gebrachte Bildungsrahmen von 0 bis 10 Jahre muss mit Leben erfüllt werden, damit Mütter
451 und Väter sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder während ihrer Erwerbstätigkeit gut
452 betreut werden.

453 Dort, wo Familien Begleitung und Unterstützung bei der Bewältigung ihres Lebensalltags
454 benötigen, werden wir ihnen zur Seite stehen. Das in der CDU-Regierungsverantwortung
455 entwickelte Erfolgsmodell „Familienzentrum“ ist daher konsequent weiter auszubauen und

456 bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Die unter dem Dach der Familienzentren gebündelten
457 Angebote der Familienberatung und -bildung sind finanziell abzusichern, damit der nied-
458 rigschwellige Zugang für die Familien gesichert bleibt. Die CDU wird die Kommunen beim
459 weiteren Auf- und Ausbau familienfreundlicher Strukturen (Einrichtung von Familien- und
460 Generationenausschüssen, Einführung von Familienwegweisern usw.) unterstützen. Die
461 nordrhein-westfälische CDU wird sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des
462 Ehegattensplittings einsetzen und ein sozial gerechtes Familiensplitting anstreben. All das
463 wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen familienpolitischen Akteu-
464 ren, wie Elternverbänden, Kirchen, Sozialverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern,
465 den nordrhein-westfälischen Stiftungen und der Wissenschaft, erreichen. Schließlich wird
466 der bedarfsgerechte weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung auf die Bedürfnisse der El-
467 tern Rücksicht nehmen und gezielt die Erfordernisse der Randzeitenbetreuung berücksich-
468 tigen.

469 **7. Solide Finanzen sind die Basis einer zukunftsgerichteten Politik**

470 Eine solide finanzielle Basis ist die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates.
471 Nur mit gesunden Finanzen lässt sich die Zukunftsfähigkeit eines Landes dauerhaft sichern.
472 In Nordrhein-Westfalen ist diese finanzielle Basis über Jahrzehnte hinweg verspielt worden.
473 Seit 1973 hat unser Land die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit kontinuierlich
474 überschritten. In dieser Zeit ist es versäumt worden, die strukturellen Probleme des Landes
475 zu lösen, seine Wirtschaftskraft zu stärken und den Landeshaushalt wirklich zu konsolidie-
476 ren. Deswegen werden die staatlichen Handlungsspielräume von Jahr zu Jahr kleiner. Die
477 Schulden von gestern und heute beeinträchtigen die öffentliche Finanzlage von morgen und
478 reduzieren damit die Gestaltungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen unserer Kinder
479 und Enkelkinder.

480 Nordrhein-Westfalen hat seit 1973 einen Gesamtschuldenstand von rund 140 Mrd. Euro an-
481 gehäuft, den höchsten aller deutschen Länder. Im gleichen Zeitraum zahlte das Land an die
482 Banken und privaten Kreditgeber Zinsen in einer Gesamthöhe von mehr als 136 Mrd. Euro
483 (ohne Tilgung). Ganze 4 Mrd. Euro verblieben demnach netto für investive bzw. konsumtive
484 Ausgaben des Landes, unabhängig von ihrer jeweiligen Sinnhaftigkeit. Bereits nach 13 Jah-
485 ren sozialdemokratischer Schuldenpolitik hatten die Zinslasten in Nordrhein-Westfalen die

486 Höhe der jährlichen Nettoneuverschuldung erreicht; seit 1986 zahlt der Finanzminister mit
487 wenigen Ausnahmen Jahr für Jahr mehr für Zinsen, als er am Kreditmarkt an neuen Schulden
488 aufnimmt. Dies trifft auch auf die sechs Amtsjahre der Regierung Kraft zu. Einer Neuver-
489 schuldung von 19 Mrd. Euro seit 2010 stehen trotz einer historischen Niedrigzinsphase Zins-
490 ausgaben von insgesamt 23,8 Mrd. Euro gegenüber. Somit ist kein einziger Euro, den die
491 Regierung Kraft aufgenommen hat, wirklich in Schulen, Kinderbetreuung, Infrastruktur, Fa-
492 milienförderung oder Forschung investiert worden. Deutlicher kann das von der Minister-
493 präsidentin vertretene Prinzip einer „präventiven Finanzpolitik“ („Die Schulden von heute
494 sind die soziale Rendite von morgen“) gar nicht widerlegt werden. Von den Schulden der
495 Vergangenheit profitieren in Gegenwart und Zukunft einzig und allein Banken und vermö-
496 gende Privatleute, die ihr Geld in Staatsanleihen investieren. Dafür fehlen die Mittel bei den
497 wirklich Bedürftigen. Das ist das größte und sozial ungerechteste gesellschaftliche Umver-
498 teilungsprogramm von unten nach oben, das sich denken lässt. Nicht die „schwarze Null“ ist
499 unsozial, sondern ihre ständige Ablehnung und Missachtung! Gleichzeitig führt die hohe
500 Schuldenlast zu immer niedrigeren staatlichen Investitionsquoten sowie zu einer über-
501 durchschnittlichen Belastung der Kommunen. Die logische Folge ist das bereits angespro-
502 chene, seit ca. 30 Jahren bestehende unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im po-
503 tenziell wirtschaftsstärksten Bundesland, was sich wiederum negativ auf die Einnahmeseite
504 des Landeshaushalts auswirkt und – bei ausbleibendem Sparwillen – neue Schulden provo-
505 ziert. Ein Teufelskreis.

506 Ungeachtet dessen ist bei der rot-grünen Landesregierung kein Umdenken erkennbar. Im
507 Gegenteil! Trotz 33,6 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen und 9,6 Mrd. Euro Zinsminderaus-
508 gaben im Vergleich zum letzten CDU-FDP-Landeshaushalt im Jahr 2010 gelingt es der Re-
509 gierung Kraft nicht, wenigstens einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Im Jahr
510 2015 wies Nordrhein-Westfalen mit 1,8 Mrd. Euro erneut die höchste Nettoneuverschul-
511 dung aller Bundesländer auf und erwirtschaftete ein Defizit von 684 Mio. Euro, während alle
512 übrigen Länder zusammen einen Überschuss in Höhe von mehr als 2,8 Mrd. Euro erzielten.
513 Hinzu kommt eine verheerende Finanzlage unserer Kommunen. Während bundesweit die
514 Kommunen 2015 einen Überschuss von 3,2 Milliarden Euro ausweisen können, haben die
515 nordrhein-westfälischen Kommunen im Finanzierungssaldo ein Minus von rund 583 Millio-
516 nen Euro ausgewiesen. Dieses Investitionsdefizit sorgt bei unseren Kommunen dafür, dass
517 die Wirtschaft nicht anspringt. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter

518 eingeschränkt. Wie wenig Willen die rot-grüne Landesregierung zum soliden Haushalten
519 besitzt, wird allein daran deutlich, dass das Volumen des aufgrund angekündigter Nach-
520 tragshaushalte nur vorläufigen Haushaltsplanes für das Jahr 2016 70 Mrd. Euro gegenüber
521 53 Mrd. Euro im Jahr 2010 beträgt. Das entspricht einer Steigerung von mehr als 32 Prozent
522 innerhalb von sechs Jahren.

523 Für die CDU besitzt eine solide Haushaltspolitik in unserem Land hohe Priorität. Unsere Fi-
524 nanzpolitik orientiert sich strikt am Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir werden sämtliche Aus-
525 gaben und Aufgaben einer kritischen Prüfung unterziehen und auf ihre Wirksamkeit und
526 Notwendigkeit hin überprüfen. Ausgaben und Maßnahmen, welche ihren Zweck nicht erfül-
527 len oder überflüssig sind, müssen ersatzlos wegfallen. Eine effektive Haushaltskonsolidie-
528 rung setzt neben einer Steigerung der Einnahmen durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum
529 eine konsequente Begrenzung des Ausgabenanstiegs voraus. Um die Schuldenbremse ein-
530 halten zu können, muss der Ausgabenzuwachs kontinuierlich unter dem Einnahmezuwachs
531 liegen. Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfordert die Konzentration auf vorrangige
532 Politikfelder. Bei notwendigen Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit
533 und Integration ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Einsparungen an
534 anderer Stelle dauerhaft gesichert ist. Überflüssige Förderprogramme und unnötige Perso-
535 nalaufstockungen in der Ministerialbürokratie, so z. B. im Umweltministerium, sind zu strei-
536 chen. Einsparpotential gibt es auch bei den zahlreichen Gutachten, Untersuchungen, Doku-
537 mentationen und bei Veranstaltungen bzw. der Öffentlichkeitsarbeit insgesamt. Politische
538 Verantwortung zu tragen heißt, Prioritäten zu setzen.

539 Wir werden Nordrhein-Westfalen zu einem Land mit Zukunft formen, einem Land, das sei-
540 nen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit gewährt und persönlichen Aufstieg möglich macht.
541 Ein Land mit neuen Perspektiven. Ein vitales, starkes Land der alten Erfahrungen und neuen
542 Möglichkeiten. Wir wollen das Land der Ermöglicher sein. Die CDU Nordrhein-Westfalen
543 will und wird ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Land wieder die starken Schultern
544 Deutschlands verkörpert, so wie es seiner Größe, seiner Geschichte und seiner Bedeutung
545 entspricht!